

Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises
Herr Olaf Schade
Hauptstraße 92
58332 Schwelm

Sprockhövel, 12. Juni 2019

Sehr geehrter Herr Schade,

die CDU-Fraktion im Kreistag des Ennepe-Ruhr-Kreises bittet Sie, die nachfolgenden Anträge dem Kreistag und seinen Gremien zum Tagesordnungspunkt „Verbleib des Ennepe-Ruhr-Kreises im Abfallwirtschaftsverband EKOCity“ zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

1.

Der Kreistag stellt fest:

In der Sitzung des Kreistages am 1. Juli 2019 wird keine Entscheidung zum TOP „Verbleib des Ennepe-Ruhr-Kreises im Abfallwirtschaftsverband EKOCity“ getroffen (die Vorlage 026/2019 also nicht beschlossen), um die Möglichkeiten ökonomisch und ökologisch sinnvollerer sowie die Region Ennepe-Ruhr stärkender Lösungen zu prüfen (Alternativenprüfung).

2.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Kreistages im Dezember 2019 die Rahmenbedingungen insbesondere für nachfolgende Alternativen zum Verbleib im Abfallwirtschaftsverband EKOCity aufzuzeigen:

A. Wettbewerbliche Vergabe der Leistungen in einem vergaberechtlichen Anforderungen genügenden Verfahren, in dem neben dem Preis auch ökologische Aspekte, insbesondere im Rahmen der Wertung, berücksichtigt werden (Drittbeauftragung eines Unternehmens nach vorausgegangener Ausschreibung).

B. Der Ennepe-Ruhr-Kreis sucht in einem vergaberechtlichen Anforderungen entsprechenden wettbewerblichen Vergabeverfahren einen Partner zur Gründung einer Gesellschaft, die die vom Kreis zu entsorgenden Abfälle im Ennepe-Ruhr-Kreis einer ökologisch höherwertigen (mechanischen) Vorbehandlung (Restabfall) bzw. Sortierung (Sperrmüll) zuführt. Durch die Vorbehandlung bzw. Sortierung werden die Abfälle – in Übereinstimmung mit der gesetzlichen Abfallhierarchie (vgl. § 6 Abs. 1 Nr. 3 KrWG) – in deutlich größerem Umfang stofflich verwertet (vgl. § 6 Abs. 1 Nr. 3 KrWG). Diese Maßnahme kann gleichzeitig die Reduzierung der Verbrennungsmenge ermöglichen. Eine zu gründende Gesellschaft mit einem möglichst

regionalen Partner soll für die Planung, den Bau, die Finanzierung und den Betrieb einer entsprechenden Anlage zuständig sein. Der Partner hat das notwendige Grundstück im Ennepe-Ruhr-Kreis zu stellen. Des Weiteren muss der Partner die dann verbleibenden Reste in Bezug auf die thermische Beseitigung absichern.

Begründung:

1.

Der EN-Kreis hat derzeit ein vorfälliges Angebot seitens des Zweckverbands EKOCity erhalten, welches erst zum 31.12.2020 ausgeschlagen oder verlängert werden muss. Es besteht mithin keine Eile, bereits zum heutigen Zeitpunkt, also gut 1,5 Jahre früher, eine Verlängerung zu beschließen, ohne alternative Angebote und Lösungen zu prüfen.

2.

Für die CDU-Fraktion ist der Abgleich verschiedener Alternativen bei einem Gesamtvolumen von über 80 Millionen Euro Ausdruck ernstgenommener Verantwortung.

Denn der Ennepe-Ruhr-Kreis ist zu einer sparsamen, effizienten und wirtschaftlichen Haushaltsführung verpflichtet (§ 75 Abs. 1 GO NRW). Dies gilt umso mehr, als es sich hier um Leistungen handelt, die über Gebühren durch die Bürgerinnen und Bürger finanziert werden.

In der Vorlage ist angeführt, dass EKOCity die Leistungen zum Mischpreis von 118,00 € anbietet. Während andere Städte wie Bottrop, Essen oder Gelsenkirchen ihren Müll für rund 60 Euro pro Tonne im Müllheizkraftwerk in Essen-Karnap verbrennen, lässt der Ennepe-Ruhr-Kreis also zum Mischpreis von etwa 118 Euro pro Tonne verbrennen. Bei ca. 70.000 Tonnen Müll jährlich zahlen die Bürger im Kreis damit etwa 4 Mio. Euro mehr für ihre Müllverbrennung. Dies sind 4 Mio. Euro jedes Jahr mehr als bei einer Verbrennung im Kraftwerk in Essen-Karnap. Auf die gesamte Laufzeit beträgt dies sogar 40 Mio. Euro an Mehraufwendungen für die Bürgerinnen und Bürger des Ennepe-Ruhr-Kreises.

Allein dieser Punkt rechtfertigt nicht nur die Suche nach Alternativen zu einer Fortsetzung der Entsorgungskooperation unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sie ist aus gebühren- und haushaltsrechtlichen, aber auch ökologischen Gründen zwingend.

3.

Bei dieser Begutachtung können und sollen aber auch ganz gezielt und besonders ökologische Aspekte wie das Sortieren der Abfälle (höherwertiges Recycling), Reduzierung der Fahrtwege etc. stärker betrachtet werden.

Nicht zuletzt wird damit auch eine regionale Komponente in die Abwägung aufgenommen. Kritisch zu sehen ist es nämlich, dass der Ennepe-Ruhr-Kreis – anders als die anderen Beteiligten – bislang nicht von der bestehenden Lösung profitiert. Insbesondere Gewerbesteuer fallen in den anderen Städten, nicht aber im Kreis an.

4.

Als mögliche Alternativen bieten sich die unter 2 genannten Wege an. Die Verwaltung soll die Rahmenbedingungen inklusive rechtlich bestehender „Ausstiegsmöglichkeiten“ für den Fall darstellen, dass die zu prüfenden Varianten in wirtschaftlicher und oder ökologischer Hinsicht hinter der Fortführung der Entsorgungskooperation zurückbleibt. Beide Möglichkeiten eröffnen es EKOCity im Übrigen, sich an dem jeweiligen Verfahren zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

